

Geschätzter Generalsekretär Dr. Andreas Kiefer!
Sehr geehrter Präsident des Kongresses der Gemeinden und
Regionen Jean Claude Frecon!
Exzellenz, Botschafter Dr. Tichy!
Verehrte Frau Dr. Renate Kicker!
Liebe Kollegin Dr. Bettina Vollath!
Sehr geehrte europäische Kolleginnen und Kollegen!

Herzlich willkommen in der Kulturhauptstadt, der
Wissenschaftsstadt, der City of Design, der Weltkulturerbestadt und
der Menschenrechtsstadt Graz!

Besonders begrüßen darf ich den Vertreter der UNESCO Konstantinos
Tararas,
und den Vorsitzenden von ECCAR, der „European Coalition of Cities
against Racism“, meinen Kollegen aus Bologna, Benedetto Zacchioli!

Der Titel Menschenrechtsstadt hat uns dazu ermuntert gemeinsam,
mit dem Europarat und dem Land Steiermark diese Konferenz
auszurichten und ich freue mich wirklich, dass sie sich 2 Tage dafür
Zeit nehmen.

Graz hat sich am 08. Februar 2001 den Menschenrechten besonders
verpflichtet.

Dieses „Stadt der Menschenrechte“ zu sein ist in den vergangenen 14
Jahren zu einem positiven Markenzeichen unserer Stadt geworden.
Ich glaube, dass Menschen durchaus ihren Lebensmittelpunkt dort
suchen, wo sie sich besonders sicher fühlen, wo sie wissen, dass ihre
Rechte, ich darf vielleicht da auch einen zweiten Begriff einfügen,
dass ihre Würde, ernst genommen wird.

Für eine kleine Stadt wie Graz bedeutet „Stadt der Menschenrechte“
dafür Sorge zu tragen, dass sich täglich 450.000 Menschen, aus 160
Nationen, die über 100 verschiedenen Religionsgemeinschaften

angehören, kulturell und sprachlich verschiedenste Wurzeln haben, respektvoll und friedlich begegnen.

Wir haben daher Strukturen geschaffen, beginnend mit den Organisatoren dieser Konferenz, dem Europäischen Trainingszentrum für Menschenrechte, über den interreligiösen Beirat, das Integrationsreferat, das Friedensbüro, bis zum Menschenrechtsbeirat, oder einer Antidiskriminierungsstelle und wir suchen Partner über Netzwerke, die diesen Weg der Menschenrechte mit uns gehen.

So ist Graz seit 2005 Mitglied der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“, an welcher sich mehr als 100 europäische Städte beteiligen, und arbeitet in dieser auch im Lenkungsausschuss mit. Im Jahr 2007 ist Graz auch der Städtekoalition „Cities for children“ beigetreten, die vor allem den Schutz des Lebens und Lebensumfeldes der Kinder in den Mittelpunkt stellt.

Zuletzt sind wir auch dem „Club de Strasbourg“ beigetreten und versuchen dort, sowohl das Thema der Smart Cities, als auch das Thema des interreligiösen Dialogs, einzubringen und gemeinsam voranzutreiben.

Das heurige Jahr steht international unter einem besonderen Gedenkmotto.

Vor genau drei Wochen haben wir bei einer Sondergemeinderatssitzung in unserer Stadt der 70. Wiederkehr des Endes des 2. Weltkriegs gedacht.

Das Jahr 1945 war das Ende eines 7 jährigen Grauens, vor allem für jene, die der Barberei und der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt waren.

Der 2. Weltkrieg war furchtbar für all jene, die als Soldaten in den Krieg zogen oder ziehen mussten.

Der Rassenwahn, und die abscheulichen Verbrechen gegen Juden, Sinti und Roma, aber auch gegen Andersdenkende, Homosexuelle und Menschen mit Behinderung, stellen bis heute eine Einmaligkeit in der Geschichte der Menschheit dar.

Der Auftrag aus den Erfahrungen dieser Zeit liegt auf der Hand! Es darf nie mehr diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Unrecht geben.

Es ist Gebot der Stunde alles daran zu setzen, dass jener Teil der Menschen, der das Gute will, immer die Oberhand behält.

Für Österreich endete der 2. Weltkrieg offiziell mit der Wiedererlangung der vollen Souveränität im Jahr 1955, für viele Staaten Osteuropas endete er erst in den Jahren 1989 bis 1993, als sich die Sowjetarmee endgültig aus all diesen Ländern zurückzog und wir in Europa vermeinten, damit sei das Zeitalter des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands endgültig angebrochen.

Ein Blick am heutigen Tag auf dieses Europa, aber natürlich ganz besonders auf die Anrainerstaaten des Mittelmeers im Süden, macht uns schnell bewusst, dass es alles andere als friedlich, demokratisch oder gar menschenrechtskonform zugeht.

Die europäische Union hat zwar innerhalb ihrer Gemeinschaft nachweislich Fortschritte erzielt, aber die soziale Schräglage in Richtung Süden lässt Verwerfungen zutage treten, vor allem seit der Krise 2008-2009, die bedenklich sind und links und rechts der Mitte immer radikalere Parteien entstehen lässt.

Von den Worten des französischen Außenministers Robert Schumann anlässlich der Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sind wir noch meilenweit entfernt.

Dieser meinte am 9. Mai 1950:

„Diese Produktion wird der gesamten Welt ohne Unterschied und Ausnahme zur Verfügung gestellt werden, um zur Hebung des Lebensstandards und zur Förderung der Werke des Friedens

beizutragen. Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils!“

Bis heute haben die europäischen Staaten keine Antworten auf die Herausforderungen an unseren gemeinsamen Grenzen gefunden.

Der religiöse Fanatismus aber auch das wiedererstarken nationalistischer Parteien gibt Anlass zu großer Wachsamkeit.

Da die großen Antworten fehlen kommt es umso mehr auf die Städte und Regionen an, auf die Politikerinnen und Politiker auf diesen Ebenen, denn hier begegnen sich die Menschen mit ihren vielfältigen Lebenshintergründen tagtäglich.

Etliche der heute Anwesenden, so wie ich selbst, kommen aus einer Generation, die das Glück hatte in großem Wohlstand aufzuwachsen. Wir durften, die positiven politischen Erdbeben und den positiven historischen Wandel miterleben, wie kaum eine Generation in den vergangenen Jahrhunderten.

Vom Fall des eisernen Vorhangs vor 25 Jahren, der für jüngere Teilnehmer nur mehr Teil des Geschichtsunterrichts ist und dem Zusammenrücken der europäischen Staaten, bis zum ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten, wurden wir Zeugen eines Wandels, der in dieser Form eine Generation vor uns kaum denkbar war, ja geradezu als verrückte Träumerei abgetan worden wäre.

Dieser Wandel darf uns aber nicht einlullen.

Gerade weil wir um die positiven Chancen des Wandels wissen müssen wir unserer Generation und den nachfolgenden Generationen, die vieles davon bereits als Selbstverständlichkeit wahrnehmen, die menschlichen Abgründe, die es auch bei uns gegeben hat, und die uns heute leider wieder begegnen, vor Augen führen, davor warnen und gemeinsam an einer besseren Welt bauen.

Ich sage das auch angesichts einer Tendenz in etlichen europäischen Ländern und Regionen, in welchen populistische und nationalistische Kräfte starke Zugewinne erzielen.

Es gibt einen pointierten Ausspruch: „Wer heute auf die Demokratie schimpft, dem wird morgen der Marsch geblasen“

Es liegt an jedem Einzelnen, wo immer er die Möglichkeit hat, klar positiv zu dieser Europäischen Union und zu einem Zusammenwachsen Europas Stellung zu beziehen, als grundsätzlich notwendig für eine friedliche und solidarische Zukunft, die so bin ich mir sicher, wir uns alle für uns und unserer Kinder und Enkeln wünschen.

Vieles in diesem Europa ist verbesserungswürdig, aber ein Rückfall in Nationalismus und Ausgrenzung führt direkt in Konflikte und dann sind auch Kriege nicht mehr weit.

Für die Menschenrechtsstadt Graz heißen die tragenden Pfeiler: Bildung, ein soziales Netz, die Suche nach dem Gemeinsamen, die klare Absage an Verharmloser und Rassisten und letztlich das Wissen um die eigene Geschichte.

Gerade in Wahlkampfzeiten sind wir in unseren Städten und Regionen besonders gefordert. Denn in wenigen Wochen kann durch Hetze und Diffamierung einzelner Parteien die Arbeit von Jahren wieder vernichtet werden.

Heute werden sie bei ihrem Weg zum gemeinsamen Abendempfang den Auftritt des Obmanns der extrem rechten Partei Österreichs der FPÖ sehen und hören, denn HC Strache spricht heute um 17.30 am Hauptplatz.

„Neue Wohnungen statt neuer Moscheen“ ist ihr perfider Satz, der sozial schwachen Menschen suggerieren soll, dass die Muslime daran schuld seien, dass sie keine günstige Wohnung bekommen. So hetzt man auf einem Plakat gegen die Religionsfreiheit und verbindet es

mit vollkommen falschen Informationen über unseren Sozialwohnbau.

Wie kann man so etwas verhindern oder zumindest eindämmen.

Bei unserem kommunalen Wahlkampf wäre so eine Propaganda zum Beispiel nicht möglich, denn wir haben uns ein externes Wahlkampfmonitoring verpasst, an das sich sowohl die Parteien, aber vor allem die Medien halten.

Gewisse Propaganda, die den Respekt vor anderen komplett außer Acht lässt, wird von den Medien einfach nicht abgedruckt, bzw. wird von den Werbefirmen nicht plakatiert.

Verhält sich eine Partei massiv gegen den demokratischen Grundkonsens, muss sie mit einer empfindlichen Kürzung ihrer Parteienförderung rechnen.

Ein bisschen etwas lässt sich also auch auf der subsidiär untersten Ebene bewegen.

„Am Ideal gemessen versagt die Wirklichkeit. Aber was wäre das für eine traurige Wirklichkeit, wenn sie aufhören würde, sich nach dem Ideal zu orientieren und nach der Wahrheit zu fragen?“ hat der große deutsche Bundespräsident Richard v. Weizsäcker gemeint.

Die Menschenrechte stellen das höchste Ideal dar, das wir weltweit besitzen.

In den Städten werden global gesehen im Jahr 2050, 75% der Weltbevölkerung leben.

Daher liegt es ganz wesentlich an den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern den respektvollen Umgang unter den Bürgerinnen und Bürgern vorzuleben, einzufordern und zu fördern.

Wenn wir dabei Menschenrechte und zwar nicht nur als Anspruchsrechte, sondern vielmehr als Erinnerung an jede und jeden Einzelnen sich selbst um deren Verwirklichung zu kümmern, in den Mittelpunkt stellen, sind wir sicherlich auf einem guten Weg.

„Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.“ sagte die italienische Journalistin Franca Magnani.

Und weil ich schon bei Italien bin, darf ich nun kurz meinen Kollegen aus Bologna, den Vorsitzenden der Europäischen Städtekoalition gegen Gewalt und Rassismus, Benedetto Zacchioli, um ein kurzes Grußwort bitten.

Herzlich willkommen!